

Bericht der Parteiversammlung

Donnerstag, 30. August 2018

Begrüssung und Besinnung:

Die auf den Herrn hoffen, die werden nicht fallen, sondern ewig bleiben wie der Berg Zion.

Um Jerusalem herum sind Berge und der Herr ist um sein Volk her von nun an bis in Ewigkeit.

Der Zusage aus Psalm 125 gilt nicht nur für die Juden, sondern auch für die Christen.

Wer zu seinem Glauben steht, kann angefeindet werden.

Jesus hat verheissen, auch in schweren Zeiten bei uns zu sein. Grund genug, zum Glauben zu stehen.

1. Eidgenössische Vorlagen für den 23. September 2018

• Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege

Der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative stellt die Velowege den Fuss- und Wanderwegen gleich, für die der Bund bereits die Kantone unterstützen kann. So kann der Verkehr entflochten werden und wird dadurch sicherer und dank Velos ökologischer. Das macht Sinn. Die Versammlung sagt einstimmig JA.

• Volksinitiative vom 26. November 2015 "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)"

Patrick Oppliger vom Initiativkomitee schildert eindrücklich Probleme in der Landwirtschaft. Lebensmittelpreise kämen kaum den Produzenten zugute, Industrielle Tierhaltung missachte das Tierwohl, Dünger und Monokultur schaden den Böden, externe Kosten belasteten die Allgemeinheit. Das alles will die Initiative verbessern. Die Anliegen sind unbestritten. Offen bleibt für einige, ob die Massnahmen zum gewünschten Ziel führen. Die Mehrheit findet JA.

• Volksinitiative vom 30. März 2016 "Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"

Auch diese Initiative wird vorgestellt. Der Bund soll dafür sorgen, dass mehr Personen in kleineren Betrieben der Landwirtschaft arbeiten. Die Arbeitsbedingungen sollen schweizweit einheitlich vorgeschrieben sein. Der Bund kann die Einfuhr von gewissen Produkten verbieten. Dagegen spricht, dass die ökologischen und umweltschützerischen Bestimmungen bereits vor einem Jahr beschlossen worden sind (Ernährungssicherheit). Die geforderten Zölle und Einfuhrverbote verletzen internationales Handelsrecht. Die staatliche Strukturlenkung bedingt mehr Bürokratie, weniger Auswahl und höhere Lebensmittelpreise zulasten von tieferen Einkommen. Die Initiative erwartet alles vom Staat. Die Versammlung kann sich zu keinem Entschluss durchringen und gibt keine Empfehlung ab.
Die EVP der Schweiz hingegen empfiehlt mit grossem Mehr ein NEIN.*

• Ausblick: Nächste Versammlung am Montag, 29. Oktober 2018 (Vorstand 27.9.)

**Weil sich leider erst nach Ende der Versammlung herausstellte, dass die Pro-Unterlagen zur Ernährungssouveränität nicht aktuell waren und darum zu falschen Schlüssen verleiteten, folgt die Argumentation der Landespartei anschliessend.*

Parolen der EVP der Schweiz

Nein zur Initiative "für Ernährungssouveränität"

Die EVP-Delegierten beschlossen an der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in St. Gallen mit 58 zu 6 bei 6 Enthaltungen die Nein-Parole zur Initiative "für Ernährungssouveränität".

In Kürze

Die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» verlangt eine Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine kleinbäuerliche, auf die regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Dies soll mit staatlichen Eingriffen erreicht werden.

Argumente

- Die Forderungen werden mit der heutigen Agrarpolitik gutteils **bereits berücksichtigt**, zum Beispiel die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen und nachhaltigen Landwirtschaft, der Schutz des Kulturlandes oder das Verbot von Exportsubventionen ab 2019.
- Auch bildet der **soeben erst vom Volk angenommene Artikel 104a zur Ernährungssicherheit** eine gute Grundlage für eine Agrarpolitik in diese Richtung.
- Importe von Nahrungsmitteln sollen unter bestimmten Bedingungen mit zusätzlichen Zöllen belegt oder ganz verboten werden können, auch wenn dadurch **internationales Handelsrecht verletzt wird**.
- Der **aussenwirtschaftliche Handlungsspielraum** der Schweiz würde aufgrund der Importrestriktionen für Nahrungsmittel **eingeschränkt**, mit **negativen Folgen auf den Arbeitsmarkt**.
- Die Forderung, dass sämtliche eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel Schweizer «Qualitätsnormen» genügen müssen, steht im **Widerspruch zur internationalen Handelspolitik** und den handels- und europarechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Einspruch und Widerstand des Auslands in Form von Gegenmassnahmen wären die Folgen.
- Die Konsumenten müssten den höheren Grenzschutz über **höhere Lebensmittelpreise** bezahlen. Dies würde **Menschen mit kleinem Einkommen überdurchschnittlich treffen**.
- Die stärkere staatliche Strukturlenkung und die zusätzlichen Markteingriffe würden die **Preisdifferenz zu den Nachbarländern** erhöhen und die **Wettbewerbsfähigkeit** der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächen.
- Die Initiative ist rückwärtsgewandt. Sie geht in Richtung **Protektionismus und Planwirtschaft** und widerspricht dem liberalen Wirtschaftssystem der Schweiz.
(www.evppev.ch)